Abwasserbeseitigungssatzung

des Trink- und Abwasserzweckverbandes Wahlitz – Menz - Gübs

Aufgrund des § 17 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung vom 06.10.1997, des § 8 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 24.03.1997 und des § 6(4) der Satzung des Trink- und Abwasserzweckverbandes Wahlitz - Menz - Gübs in der Fassung vom 29.10.1994 hat die Verbandsversammlung des Trink- und Abwasserzweckverbandes in der Sitzung am 11.12.1998 folgende Satzung beschlossen:

I. Allgemeine Bestimmungen

§1

Abwasserbeseitigungsanlage

1. Im Rahmen der übertragenen Abwasserbeseitigungspflicht betreibt der Trink- und Abwasserzweckverband Wahlitz - Menz - Gübs (nachfolgend Verband genannt) die Beseitigung des im Verbandsgebiet anfallenden Abwassers. Dies beinhaltet ausschließlich die Schmutzwasserentsorgung, die Regenwasserableitung bleibt Aufgabe der einzelnen Verbandsmitglieder.
2. Die öffentliche zentrale Abwasserbeseitigung umfasst das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten von Abwasser aus dem Verbandsgebiet sowie das Entwässern und Beseitigen von Klärschlamm aus der verbandseigenen Kläranlage.
3. Ziel des Verbandes ist es, die öffentliche dezentrale Abwasserbeseitigung auf ein Minimum zu beschränken und nur in berechtigten Einzelfällen diese zu gestatten. Im § 13 dieser Satzung sind die notwendigen Regelungen getroffen.
4. Die Abwasserbeseitigung erfolgt durch öffentliche zentrale Kanalisations- und Abwasserreinigungsanlagen im Trennverfahren (zentrale Abwasserbeseitigungsanlagen).
5. Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage sowie der Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung Sanierung und Stilllegung bestimmt der Verband im Rahmen seiner Abwasserbeseitigungspflicht.

§2

Begriffsbestimmungen

1. Abwasser ist das durch Gebrauch veränderte abfließende Wasser. Abwasser ist aus Schmutzwasser und Fremdwasser zusammengesetzt.
2. Schmutzwasser ist
 - a) das durch häuslichen Gebrauch verunreinigte Wasser (häusliche Abwässer),
 - b) das durch gewerblichen, industriellen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch verunreinigte oder sonst in seiner Eigenschaft veränderte Wasser (nicht häusliche Abwässer), ausgenommen ist das durch landwirtschaftlichen Gebrauch entstandene Abwasser (z. B. Gülle und Jauche), das dazu bestimmt ist, auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden aufgebracht zu werden.
Der Begriff Schmutzwasser wird hier nur im Zusammenhang mit der Entstehung in Gebäuden benutzt.
Auf die Schmutzwasseranfallmenge werden die Gebühren erhoben.
3. Fremdwasser ist in die Grundstücksentwässerungs- und öffentliche Abwasseranlage durch Undichtigkeit eindringendes Oberflächenwasser.

4. Grundstück im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im Sinne des Grundbuchrechts. Mehrere solche Grundstücke gelten dann als ein Grundstück, wenn sie eine wirtschaftliche Einheit bilden. Besteht bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise für Teilflächen eines Grundstückes im Sinne des Grundbuchrechts eine selbständige Inanspruchnahmemöglichkeit (Bebauung/Anschluss), so ist jede solche Teilfläche als Grundstück im Sinne dieser Satzung anzusehen. Das gilt auch für Doppel- und Reihenhäuser, wenn diese auf einem Grundstück im katasterrechtlichen Sinne stehen und auch dann, wenn sie durch einen gemeinsamen Grundstücksanschluss mit dem öffentlichen Kanalnetz verbunden sind.

5. Die Grundstücksentwässerungsanlage umfasst die Grundleitung ,die den Hausanschluss-schacht mit dem Gebäude, in dem Abwasser entsteht, verbindet und alle abwassertechnischen Einrichtungen auf dem Grundstück, u. a. ggf. auch die Grundstückskläranlage bzw. Vorbehandlungsanlage.

6. Zur öffentlichen Abwasseranlage gehört das gesamte öffentliche Entwässerungsnetz einschließlich aller technischen Einrichtungen wie:

a) die Hausanschlüsse, bestehend aus:

- dem Hausanschlussschacht (Revisionsschacht) und
- der Hausanschlussleitung, die den Hausanschlussschacht mit dem Sammler des örtlichen Kanalnetzes verbindet.

b) das örtliche Kanalnetz, bestehend aus:

- Haupt- und Nebensammler mit Revisionsschächten,
- örtlichen Pumpstationen,
- örtlichen Druckrohrleitungen,

c) das überörtliche Druckrohrleitungssystem mit vier Hauptpumpstation in Wahlitz, Menz, Gübs und Klein Gübs,

d) die Kläranlage in der Gesamtheit ihrer Ausrüstungen zur Behandlung des Abwassers mit dem dazugehörigen Betriebsgelände und der Fäkalannahmestation,

e) der Ablaufgraben, in verrohrter und offener Bauweise, der das gereinigte Abwasser der Kläranlage in den Vorfluter (Bullengraben) ableitet.

7. Anschlussnehmer sind alle Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigte und Inhaber eines dinglichen Rechts (weiter Grundstückseigentümer genannt), die ihr Abwasser direkt oder über Vorbehandlungsanlagen in das Kanalnetz einleiten und solche, deren Abwasser über Saugwagen in die Kläranlage entsorgt wird.

8. Abwassereinleiter sind, neben in Absatz 7 genannten Anschlussnehmern, alle zur Ableitung von dem auf dem Grundstück anfallenden Abwässern Berechtigte und Verpflichtete (insbesondere Pächter, Mieter, Untermieter) sowie alle, die der öffentlichen Abwasseranlage tatsächlich Abwasser zuführen.

9. Indirekteinleiter sind gewerbliche Einrichtungen, die das auf ihrem Grundstück anfallende Abwasser in eigenen Vorbehandlungsanlagen soweit reinigen, dass es den Erfordernissen der Einleitfähigkeit in die öffentliche Abwasseranlage entspricht. Gesonderte Regelungen sind im § 14 dieser Satzung enthalten.

10. Revisionsschächte sind in Abwasseranlagen (Hausanschluss und Kanalnetz) eingebaute Schächte zur Durchführung von Kontrollen und Reinigungsarbeiten.

11. Vorbehandlungsanlagen sind Anlagen der Indirekt-Einleiter zur Abwasserbehandlung vor Einleitung von Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen.

12. Kleinkläranlagen sind mechanisch-biologische Mehrkammergruben.

13. Sammelgruben sind abflusslose Gruben.

§ 3

Anschluss- und Benutzungszwang

1. Jeder Grundstückseigentümer ist verpflichtet, nach Maßgabe dieser Satzung, das Abwasser seines Grundstücks über die öffentliche Abwasseranlage zu entsorgen, sobald auf dem Grundstück Abwasser anfällt und hat sein Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen.

2. Der Anschluss an das Kanalnetz hat nach dessen Fertigstellung innerhalb von 8 Wochen zu erfolgen. Die Betriebsbereitschaft wird dem Grundstückseigentümer schriftlich mitgeteilt. Bei Neu- und Umbauten muss der Anschluss vor Benutzung der baulichen Anlagen hergestellt sein.
3. Der Anschluss eines Grundstückes an die öffentliche Abwasseranlage kann vom Verband angeordnet werden (Anschlusszwang).

§ 4

Anschluss- und Benutzungsrecht

Jeder Grundstückseigentümer kann vom Verband die Abwasserentsorgung über die öffentliche Abwasseranlage verlangen. Wenn es die Lage des Grundstückes ermöglicht und keine erheblichen Mehraufwendungen für den Verband verursacht, erfolgt der Anschluss an das Kanalnetz. Ein Rechtsanspruch auf Anschluss an das öffentliche Kanalnetz besteht nicht. Andernfalls wird die Abwasserentsorgung durch die Abfuhr mit anschließender Entsorgung durch die Kläranlage gewährleistet.

§ 5

Befreiung von Anschluss- und Benutzungszwang

1. Eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang kann nur erfolgen, wenn die Entsorgung der auf dem Grundstück anfallenden Schmutzwässer aufgrund ihrer Zusammensetzung oder Spezifik satzungsgemäß ausgeschlossen ist. Eine weitere Voraussetzung ist die Befreiung des Verbandes von der Abwasserbeseitigungspflicht für das entsprechende Grundstück durch die Wasserbehörde. Den Belangen des öffentlichen Interesses und der Zumutbarkeit sind Folge zu leisten.
2. Eine mögliche Befreiung ist befristet und kann jederzeit widerrufen werden. In einem formlosen schriftlichen Antrag sind die Gründe zu nennen.

§ 6

Entwässerungsantrag

1. Für jeden Anschluss ist ein schriftlicher Entwässerungsantrag beim Verband zu stellen. Antragsformulare sind vom Verband abzufordern. Wesentliche Änderungen an der Grundstücksentwässerungsanlage und den Einleitungsverhältnissen bedürfen einer Änderungsgenehmigung.
2. Der Entwässerungsantrag ist 2-fach vom Grundstückseigentümer vor Baubeginn beim Verband einzureichen.
3. Nach Aufforderung ist der Entwässerungsantrag spätestens nach Ablauf eines Monats vorzulegen. Bei allen anderen Vorhaben ist der Entwässerungsantrag zwei Monate vor deren geplantem Beginn einzureichen.
4. Der Entwässerungsantrag enthält alle für die Bearbeitung der Entwässerungsgenehmigung erforderlichen Angaben (Antragsformular).

§7

Entwässerungsgenehmigung

1. Der Verband entscheidet, ob und in welcher Weise das Grundstück anzuschließen ist. Er kann Untersuchungen der Abwasserbeschaffenheit sowie Begutachtungen der Grundstücksentwässerungsanlagen durch Sachverständige verlangen, sofern das zur Entscheidung über den Entwässerungsantrag notwendig ist. Die Kosten hat der Grundstückseigentümer zu tragen.
2. Die Genehmigung gilt auch für die Rechtsnachfolger des Grundstückseigentümers. Sie ersetzt nicht Erlaubnisse und Genehmigungen, die für den Bau oder den Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlage nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sein sollten. Über die Genehmigung wird innerhalb von 8 Wochen entschieden. Die Genehmigung kann Bedingungen und Auflagen unter dem Vorbehalt des Widerrufs enthalten. Auch nachträgliche Einschränkungen und Änderungen sind möglich. Die Entscheidung wird dem Antragsteller schriftlich mitgeteilt und hat eine Gültigkeit von einem Jahr ab Zustellung.

§ 8

Benutzungsbedingungen

1. Die öffentliche Abwasseranlage wird im Trennsystem betrieben, in das nur Schmutzwasser eingeleitet werden darf. Die Einleitung von Oberflächenwasser, wie Regenwasser von Dach-, Hof- und Straßenflächen ist ausgeschlossen. Der Anschluss von Dränagen und die Einleitung von Grund- und Quellwasser ist verboten. Der unmittelbare Anschluss von Dampfleitungen und Kesseln ist nicht statthaft.

2. Es dürfen nur die Schmutzwässer eingeleitet werden, die keine negativen Auswirkungen auf den Bauzustand und die Funktionsfähigkeit der Anlagen haben, das Personal bei der Wartung und Unterhaltung der Anlagen nicht gefährden und die Abwasserbehandlung sowie die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung nicht beeinflussen und sich nicht schädlich auf die Umwelt, insbesondere die Gewässer, auswirken. Grenzwerte für Indirekteinleiter werden gesondert geregelt.

In die öffentliche Abwasseranlage dürfen insbesondere nicht eingeleitet werden:

- Feststoffe, wie z. B. Schutt, Asche, Lumpen, Dung, Tierkörperreste, Küchenabfälle, Sand, Schlacke, Treber, Hefe, die zu Ablagerungen und Verstopfungen des Abwassernetzes führen können. Das gilt auch für Abfälle, die über einen Abfallzerkleinerer dem Abwasser zugeführt werden sollen.
- Flüssigkeiten, wie z. B. Blut, Jauche, Gülle, Silageflüssigkeiten, Molke, Öl und ähnliche, die aufgrund ihrer Beschaffenheit zu Störungen bei der Abwasserreinigung und damit zur Beeinträchtigung im Gewässerzustand führen können.
- Wassergefährdende Stoffe, wie z. B. Mineralöle, Benzin, Karbid, Phenol, Säuren, Laugen, Lösungsmittel, Arzneimittel oder vergleichbare Chemikalien, die durch Feuergefährlichkeit, Explosivität, Toxizität zu Beeinträchtigungen führen können. Das gilt auch für radioaktive oder mit Krankheitskeimen behaftete Stoffe.

3. Problemabwässer aus Gewerbe und Industriebetrieben können hinsichtlich Zusammensetzung vor der Einleitung auf Kosten des Anschlussnehmers untersucht werden. Die Einleitgenehmigung erfolgt auf der Grundlage des § 6 und beinhaltet ggf. Auflagen zur Selbstkontrolle bzw. zur Errichtung einer Vorbehandlungsanlage.

Diese Maßnahmen gehen zu Lasten des Anschlussnehmers.

Veränderungen der Menge, der Zusammensetzung und der chemischen und/oder physikalischen Beschaffenheit der Abwässer sind unverzüglich mitzuteilen.

Im Sinne der Sicherheit des Betriebes der öffentlichen Abwasseranlage und des Umweltschutzes werden Grenzwerte für die Einleitung festgelegt, deren nachträgliche Änderung möglich ist.

Der Verband kann Maßnahmen zur Rückhaltung des Abwassers oder von Abwasserteilströmen verlangen, wenn die Vorbehandlung zeitweise unzureichend erfolgt.

4. Der Maximalwert für die nominelle Schmutzfracht wird mit einem Biologischen Sauerstoffbedarf (BSB 5-Gehalt) < 400 mg/l festgelegt.

Bei Überschreitung der Schmutzfracht verändert sich die Gebühr entsprechend.

Im Übrigen behält sich der Verband vor, die Aufnahme von Abwässern zu untersagen, wenn Schmutzfracht und Menge weit oberhalb des gegebenen Standards liegen.

Erklärt sich der Anschlussnehmer bereit, die zusätzlichen Kosten für die im Zusammenhang mit seinem besonderen Abwasseranfall stehende Erweiterung der öffentlichen Abwasseranlagen zu übernehmen, ist ein Anschluss möglich.

5. Ist zu erkennen, dass von einem Grundstück Stoffe oder Abwässer im Sinne des Absatzes (2) unzulässigerweise in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage eingeleitet werden, ist der Verband berechtigt, die dadurch entstehenden Schäden in der Abwasseranlage zu beseitigen, Untersuchungen und Messungen des Abwassers vorzunehmen und selbsttätige Messgeräte mit den dafür erforderlichen Kontrollschächten einbauen zu lassen. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer.

6. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, die Vorbehandlungsanlagen so zu betreiben, zu überwachen und zu unterhalten, dass die Schädlichkeit des Abwassers unter Beachtung und Anwendung des Standes der Technik so gering wie möglich gehalten wird.

Die Vorbehandlungsanlagen müssen in regelmäßigen Zeitabständen und bei Bedarf in Zuständigkeit des Grundstückseigentümers gereinigt werden, Abscheidegut ist schadlos zu entsorgen. Dem Verband ist jährlich zum 15. Januar der Nachweis für die ordnungsgemäße Entleerung und Entsorgung des Vorjahres nachzuweisen (Belege für Entsorgung).

II. Besondere Bestimmungen

§ 9

Öffentliche Abwasseranlage

Die öffentliche Abwasseranlage gehört dem Verband, er veranlasst die Herstellung, Instandhaltung und Überwachung der Gesamtanlage. Das örtliche Kanalnetz, als Teil dieser Anlage, steht dem Anschlussnehmer in unmittelbarer Nähe seines Grundstückes zur Einleitung des Abwassers zur Verfügung.

§ 10

Grundstücksentwässerungsanlage

1. Jedes Grundstück, das an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen wird, ist vorher vom Anschlussnehmer mit einer Grundstücksentwässerungsanlage zu versehen, die vom Anschlussnehmer oder einem von ihm Beauftragten nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik herzustellen, zu betreiben, zu unterhalten und ggf. zu ändern ist. Nachträgliche Änderungen sind dem Verband schriftlich anzuzeigen.
2. Die Grundstücksentwässerungsanlage endet vor dem unmittelbar an der Grundstücksgrenze (möglichst auf öffentlichem Gelände) liegenden Hausanschlusschacht.
3. Besteht zur öffentlichen Abwasseranlage, insbesondere zum örtlichen Kanalnetz, kein ausreichendes Gefälle, so kann der Verband den Einbau und Betrieb einer Hebeanlage auf dem Grundstück des Anschlussnehmers zu dessen Lasten fordern.
4. Die Sicherung des Grundstückes gegen Rückstau obliegt dem Anschlussnehmer. Rückstauenebene bildet die Straßenoberfläche vor dem Grundstück, in der der örtliche Kanal verlegt ist.

§ 11

Abnahme der Grundstücksentwässerungsanlage

1. Die Grundstücksentwässerungsanlage ist vor der Übernahme der Abwasserentsorgung durch den Verband von einem Sachkundigen des Verbandes abzunehmen.
Bei der Abnahme soll die Grundleitung noch nicht verfüllt sein.
Der Eigentümer ist für die Dichtheit des Systems verantwortlich. Gegenüber dem Sachkundigen ist nachzuweisen bzw. glaubhaft zu versichern, dass Fehlanschlüsse und weitere offensichtliche Möglichkeiten des Eindringens von Fremdwasser nicht vorhanden sind. .
2. Die erfolgte Abnahme wird durch den Sachkundigen bestätigt. Das positive Ergebnis der Abnahme bildet die Grundlage für den Beginn der Einleitung von Abwasser und des Einzuges von Abwassergebühren.
3. Festgestellte Mängel sind innerhalb einer vereinbarten Frist, die 8 Wochen nicht überschreiten darf, zu beseitigen und die Nachabnahme ist beim Verband anzumelden.
4. Die Abnahme erfolgt innerhalb von 5 Werktagen nach Antragstellung.
5. Die Entwässerungsgenehmigung nach § 7 und die Abnahme der Grundstücksentwässerungsanlage nach Abs. 1 und 2 befreien den Anschlussnehmer nicht von der Verantwortung für die vorschriftsmäßige und fehlerfreie Planung und Ausführung bzw. den Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlage und lösen keine Ersatzansprüche gegenüber dem Verband aus.
6. Wenn vorhanden und zugelassen, sind Vorbehandlungsanlagen, Sammelgruben und Kleinkläranlagen Schwerpunkte der Prüfung hinsichtlich Dichtheit und Funktionsfähigkeit, die vom Anschlussnehmer nachzuweisen sind.

§ 12

Überwachung der Grundstücksentwässerungsanlage

1. Der Verband ist befugt, die Grundstücksentwässerungsanlage bei Erfordernis zu überprüfen, Abwasserproben zu entnehmen und Messungen durchzuführen sowie notwendige Maßnahmen zur Störungsbeseitigung und -verhinderung anzuordnen. Zu diesem Zweck sind den Beauftragten des Verbandes, die sich auf Verlangen auszuweisen haben, ungehinderter Zugang zu allen Anlagenteilen zu gewähren und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.
2. Die Anschlussnehmer sind verpflichtet, die gesamte Grundstücksentwässerungsanlage regelmäßig zu warten und zu kontrollieren und festgestellte Mängel und Störungen dem Verband unverzüglich schriftlich zu melden (vorab mündlich oder fernmündlich). Nach Mängelbeseitigung erfolgt eine Nachabnahme. Die Anlage ist stets in einem solchen Zustand zu halten, dass weder Anlagen anderer Anschlussnehmer, noch das öffentliche Abwassersystem in der Funktion behindert werden. Revisionsschächte, Rückstauverschlüsse, Abwasserbehandlungsanlagen, Hebeanlagen u. ä. müssen zugänglich sein.
3. Schwerpunkte der Überwachung sind, wenn vorhanden, Kleinkläranlagen und Vorbehandlungsanlagen, deren Funktionsfähigkeit durch geeignete laufende Eigenkontrollmaßnahmen der Anschlussnehmer nachzuweisen ist. Der Verband kann die Angaben durch Entnahme und Analyse von Abwasserproben überprüfen.

§ 13

Betrieb und Entsorgung von Sammelgruben und Kleinkläranlagen

1. Die Betreuung und Errichtung einer Sammelgrube oder einer Kleinkläranlage bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Genehmigung des Verbandes und der schriftlichen Genehmigung der unteren Wasserbehörde.
2. Kann anfallendes Abwasser nicht in das öffentliche Kanalnetz eingeleitet werden, so ist die Grundstücksentwässerungsanlage mit einer Sammelgrube oder einer Kleinkläranlage zu versehen. Die Errichtung hat auf dem Grundstück zu erfolgen, auf dem das Abwasser entsteht. Für diese Anlagen hat der Verband gemäß §151 Abs.4 Wassergesetz LSA die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht (Errichtung, Betrieb und Wartung) auf den Grundstückseigentümer am .11.12.1998 bei der unteren Wasserbehörde beantragt.
3. Die Entsorgung von Sammelgruben und Kleinkläranlagen ist vom Grundstückseigentümer bei Bedarf, über den Verband, zu veranlassen und erfolgt nach der Gebührenregelung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung. Der Verband bedient sich dritter zugelassener Entsorgungsunternehmen. Die Entsorgung ist rechtzeitig zu beantragen, Klärschlamm aus Kleinkläranlagen ist mindestens einmal jährlich zu entsorgen.
4. Die Einrichtungen und Vorkehrungen zur Abfuhr und Behandlung von Abwasser und Klärschlamm gelten als jeweils rechtlich selbständige öffentliche Einrichtung (dezentrale Abwasserbeseitigungsanlage).

§ 14

Indirekteinleiter / Vorbehandlungsanlage

1. Soll Abwasser aus Gewerbe und Industriebetrieben, das sich in seiner Beschaffenheit nach § 8 (2) deutlich von häuslichem Abwasser unterscheidet, eingeleitet werden, kann der Verband vom Anschlussnehmer den Einbau und den Betrieb von Vorbehandlungsanlagen und/oder Überwachungseinrichtungen fordern. Gegebenfalls hat der Anschlussnehmer nach Wasserhaushaltsgesetz eine Genehmigung bei der zuständigen Wasserbehörde zu beantragen.
Der Anschlussnehmer wird als Indirekteinleiter eingestuft, es gilt die Indirekteinleiterverordnung des Landes Sachsen Anhalt.
2. Mit Indirekteinleiter können gesonderte vertragliche Regelungen über die Inhaltstoffe und ihre Konzentration sowie die Gesamtabwassermenge getroffen werden.
Die Führung von Betriebstagebüchern und Messprotokollen kann gefordert werden, dem Verband ist jederzeit Einsicht zu gewähren.
3. Der Verband führt für Anschlussnehmer mit Vorbehandlungsanlagen ein Indirekteinleiterkataster entsprechend den rechtlichen Regelungen.

4. Die Entsorgung von Vorbehandlungsanlagen gehört nicht zum Leistungsumfang des Verbandes. Der Indirekteinleiter hat sich dazu selbständig mit einem geeigneten Entsorgungsunternehmen in Verbindung zu setzen. Die Kosten für diese Entsorgung trägt der Grundstücksbesitzer. Die Entsorgung ist rechtzeitig zu veranlassen.

III. Schlussbestimmungen

§ 15

Anzeigepflicht

1. Betriebsstörungen sowohl an der Grundstücksentwässerungsanlage als auch an der öffentlichen Abwasseranlage sind dem Verband unverzüglich zu melden.
2. Gelangen gefährliche oder schädliche Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage, so ist der Verband unverzüglich mündlich oder fernmündlich und im Anschluss schriftlich zu informieren.
3. Veränderte Einleitbedingungen, wie erhebliche Steigerung oder Verringerung des Abwasseraufkommens und eine Veränderung der Abwasserzusammensetzung unter Beachtung des § 8 (2), sind vom Anschlussnehmer dem Verband umgehend mitzuteilen.

§ 16

Altanlagen

1. Bestehende Kleinkläranlagen und Abwassersammelgruben sind nach Anschluss des Grundstückes an die öffentliche Abwasseranlage außer Betrieb zu setzen. Innerhalb von 12 Monaten sind diese Anlagen auf Kosten des Anschlussnehmers so herzurichten, dass sie für die Aufnahme oder Ableitung von Schmutzwasser nicht mehr benutzt werden können.
2. Ist ein Grundstück nicht mehr zu entwässern, schließt der Verband auf schriftlichen Antrag des Grundstückseigentümers den Anschluss. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer.

§ 17

Haftung bei Entsorgungsstörungen der öffentlichen Abwasserentsorgungsanlage

1. Bei Betriebsstörungen oder zeitweiliger Außerbetriebsetzung der öffentlichen Abwasseranlagen die einen Rückstau hervorrufen, haben die Anschlussnehmer und die Abwassereinleiter keine Ansprüche auf Schadenersatz. Es sei denn, die Betriebsstörung oder der zeitweilige Außerbetriebsetzung ist auf grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz zurückzuführen.
2. Werden Entsorgungsstörungen infolge Verstöße gegen die Satzung (z. B. § 8) durch einen Anschlussnehmer verursacht, so trägt dieser die Kosten für die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Abwasserentsorgungsanlage, § 19 bleibt davon unberührt, der Verursacher stellt den Verband von allen Ersatzansprüchen, die andere deshalb bei ihm geltend machen, frei.
3. Wer unbefugt Einrichtungen von Abwasseranlagen des Verbandes betritt oder Eingriffe an ihnen vornimmt, haftet für entstehende Schäden. Der Verband haftet für Schäden die Unbefugte beim Betreten der Anlage erleiden oder Dritten zufügen nicht, ebenfalls nicht für Schäden die Unbefugte bei Eingriffen in die Anlage erleiden oder Dritten zufügen.

§ 18

Um- und Abmeldung

1. Den Wechsel des Grundstückseigentümers/Anschlussnehmers mit Namen und Anschrift des neuen Grundstückseigentümers/Anschlussnehmers hat der bisherige Vertragspartner dem Verband unverzüglich schriftlich mitzuteilen. In begründeten Fällen kann auch dies der Rechtsnachfolger veranlassen.
2. Wird die Einstellung der Einleitung von Abwasser in das öffentliche Abwassernetz beabsichtigt, so ist dies dem Verband unverzüglich schriftlich mitzuteilen. In begründeten Fällen kann auch dies der Rechtsnachfolger veranlassen.

§ 19

Vertragsstrafen/Zuwiderhandlungen/Zwangsmittel

1. Leitet ein Anschlussnehmer Abwasser ohne Entwässerungsgenehmigung nach § 6, oder an einer anderen als ihm zugewiesenen Stelle, in die öffentliche zentrale Abwasseranlage ein, so wird eine Vertragsstrafe berechnet. Diese Vertragsstrafe wird in Höhe der 3-fachen Abwassergebühr für die eingeleitete Menge und die Kosten für die ordnungsgemäße Wiederherstellung der Abwasseranlage berechnet. Können Zeitraum und Menge der unberechtigt eingeleiteten Abwässer nicht ermittelt werden, so wird ein Jahresvolumen eingeschätzt, dessen Wert nicht unter 250 € (Euro) liegen wird.
2. Vertragsstrafen für die Überschreitung von festgelegten Maximalwerten sind in der Satzung des Verbandes über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung festgelegt.
3. Mutwillige Beschädigung von Anlagenteilen, eigenmächtige bzw. ungenehmigte Montage an der öffentlichen Abwasseranlage werden nach entsprechenden Gesetzen als Ordnungswidrigkeit geahndet.
4. Insbesondere gelten die Regelungen zum Zwangsgeld des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes-Sachsen Anhalt (SOG-LSA).
Dieses Zwangsmittel kann wiederholt werden, bis die festgestellten Mängel beseitigt sind. Die zu erzwingende Handlung kann nach vorheriger Androhung im Wege der Ersatzvornahme auf Kosten des Pflichtigen durchgesetzt werden. Das Zwangsgeld und die Kosten der Ersatzvornahme werden im Verwaltungsverfahren eingezogen.

§ 20

Beiträge und Gebühren

1. Es werden Beiträge und Gebühren auf Grundlage der "Satzung des Trink- und Abwasserzweckverbandes Wahlitz - Menz - Gübs über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung" erhoben.
2. Zur Deckung des Verwaltungsaufwandes erhebt der Verband Verwaltungsgebühren für die Bearbeitung
 - von Entwässerungsanträgen und Durchführung der Abnahme nach § 11 in Höhe von 75 € (Euro)
 - von sonstigen Anträgen in Höhe von 25 € (Euro) je angefangene Stunde.

§ 21

Änderungen

Der Verband behält sich die Änderung der hier vorliegenden Abwasserbeseitigungssatzung jederzeit vor. Insbesondere ist mit einer Änderung dem technischen Fortschritt Folge zu leisten. Eine Veröffentlichung durch den Verband wird gewährleistet.

§ 22

Übergangsregelung

1. Die vor Inkrafttreten dieser Satzung eingeleiteten Genehmigungsverfahren werden nach den Vorschriften dieser Satzung weitergeführt.
2. Soweit mit dem Inkrafttreten dieser Satzung die Anschlussvoraussetzungen gegeben sind und das Grundstück noch nicht an eine öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist, ist der Entwässerungsantrag gemäß § 5 dieser Satzung spätestens drei Monate nach ihrem Inkrafttreten einzureichen.

§ 23

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 23.2.1999 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Abwasserbeseitigungssatzung des Abwasserzweckverbandes Wahlitz – Menz – Gübs vom 28.11.1993 außer Kraft.

Krüger
Verbandsvorsitzender

Wahlitz, 09.Februar 1999

Veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 1 des Landkreises Jerichower Land vom 18.01.2002

Die „Regelung zur Änderung von Vorschriften des Trink- und Abwasserzweckverbandes Wahlitz - Menz – Gübs zur Einführung des Euro vom 01. Januar 2002 an“ wurden im Amtsblatt Nummer 24 für den Landkreis Jerichower Land vom 21. Dezember 2001 veröffentlicht.

Die „Regelung zur Änderung von Satzungen des Trink- und Abwasserzweckverbandes Wahlitz - Menz – Gübs in Folge der Änderung des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Sachsen-Anhalt und der Verbandssatzung vom 01. Januar 2006 an“ wurden im Amtsblatt Nummer 24 für den Landkreis Jerichower Land vom 12. Dezember 2005 veröffentlicht.